

Stimmen aus der Immobilienwirtschaft zum Koalitionsvertrag der Ampelparteien

Frankfurt, 25.11.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach monatelangen Sondierungen haben am 24. November SPD, Grüne und FDP ihren Koalitionsvertrag vorgestellt. Darin enthalten sind auch Themen, die für die Immobilienwirtschaft von großer Bedeutung sind, darunter u.a. die Verlängerung der Mietpreisbremse oder die Schaffung eines Bauministeriums.

Das Team von Feldhoff & Cie. (FCI) hat erste Reaktionen aus der Immobilienwirtschaft zum Programm der Ampelparteien eingeholt. Hier ein paar Stimmen dazu:

Curth-C. Flatow, Managing Partner, FAP Group

„Ein eigenes Ministerium für ‚Bauen & Wohnen‘ zeigt, dass die neue Koalition der Immobilienbranche Aufmerksamkeit geben wird. Ob die Themen in die richtige Richtung gehen und ob es hier Verknüpfungen mit der Finanzierungsbranche gibt, bleibt abzuwarten.“

Jan-Hendrik Goldbeck, geschäftsführender Gesellschafter, GOLDBECK GmbH

„Mit Blick auf die Erreichung der Klimaziele im Gebäudesektor ist die verstärkte Lebenszyklusbetrachtung und insbesondere die Technologieoffenheit des Koalitionsvertrags der genau richtige Ansatz. Wir hoffen zudem, dass im Rahmen der Wohnbauinitiative der Fokus auf entscheidende Hebel wie serielles, industrialisiertes Bauen gelenkt wird – dazu wird auch die in Aussicht gestellte Entbürokratisierung bei Zulassungen und Genehmigungen beitragen.“

Franz-Josef Lickteig, Geschäftsführer (Sprecher), BPD Immobilienentwicklung GmbH

„Ein eigenes Bundesministerium ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Themen rund um das Bauen aus dem Nischendasein beim Innenministerium herauszuholen. Wir werden sehen, ob dadurch problemorientierte und zukunftsgerichtete Entscheidungen auf Bundesebene initiiert und realisiert werden. Mit dem neuen Ministerium Wohnen und Bauen besteht die Chance dazu.“

Rüdiger Salzmann, geschäftsführender Gesellschafter, Westbridge Advisory

„Die Einführung eines Bauministeriums war längst überfällig. Sozial- und Klimafaktoren sollten in der Immobilienwirtschaft gemeinsam betrachtet und bewertet werden, nur in einem solchen Ministerium kann dies gebündelt geschehen.“

Sarah Schlesinger, Geschäftsführerin, blackprintpartners GmbH

„Grundsätzlich begrüßen wir sehr die Schaffung eines Bauministeriums. Zur Erreichung von Klimazielen im Gebäudesektor, noch wichtiger aber bezüglich der Schaffung von Wohnraum oder gesunder Wohn- und Arbeitsumgebung muss das Thema eigenständig betrachtet werden. Gesamtgesellschaftlich wie gesamtwirtschaftlich hat die gebaute Welt eine übergeordnete Bedeutung. Das Ministerium steht vor einer zentralen Aufgabe: Über 20.000 sich teilweise widersprechende Baurechtsregelungen stehen der Erreichung ökologischer, sozialer vor allem aber auch wirtschaftlicher Nachhaltigkeit entgegen. Gemäß Vorbildern wie den Niederlanden muss die Grundlage für Neubau, vor allem aber Bestandssanierung in den kommenden ein bis zwei Jahren auf deutlich weniger, sinnvolle Regelungen reduziert und abgeändert werden.“

Florian Stöbe, Head of Investment Germany, Verdion

„Wir sehen im neuen Koalitionsvertrag eine Bestätigung und Unterstützung des Nachhaltigkeitsansatzes unserer Logistik- und Produktionsimmobilien. So sind zum Beispiel alle unsere Neubauten bereits seit mehr als zehn Jahren für den Betrieb von Photovoltaikanlagen vorgerüstet und Ladestationen für E-Autos sind standardmäßig Teil unserer Projekte, auch der spekulativen. Im engen Austausch mit Städten und Gemeinden wirken wir zudem auf den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs hin, um die lokale Infrastruktur für die Mitarbeitenden zu stärken. Auch das klare Bekenntnis zu Deutschland als Logistikstandort und die angestrebte Beschleunigung von Genehmigungsverfahren stimmen uns sehr positiv für die kommende Legislaturperiode.“

Kai Wolfram, geschäftsführender Gesellschafter, Engel & Völkers Investment Consulting

„Wir begrüßen die Schaffung eines Ministeriums für Bauen und Wohnen. Die neue Bundesregierung kann so die hinlänglich bekannten Herausforderungen auf dem deutschen Wohnungsmarkt fokussiert angehen. Etwas überraschend allerdings ist die Ankündigung, dass die Mietpreislösung bis 2029 verlängert werden soll. Damit wird ein Instrument der gescheiterten Wohnungspolitik der Vorgängerregierung eingesetzt, dass ‚staatlich geprüft‘ nur die Auswirkung zu Lasten der Eigentümer regelt, ohne den eigentlichen Ursachen der Mietpreisentwicklung auf den Grund zu gehen. Wir fordern einen echten Interessenausgleich der Parteien Mieter, Eigentümer und Politik.“